

Eisenbahn-Tripartite: Hart auf hart

Lob für die Dialogbereitschaft der Gesprächspartner gab es am vergangenen Montag von Seiten der drei Tripartite-Parteien: Regierung, CFL-Führung und Gewerkschaften. Das war allerdings die einzige positive Mitteilung, die sie zu machen hatten. "Im Frachtverkehr geht es um Leben und Tod", verkündete Lucien Lux mit steinerner Miene zu Anfang der Pressekonferenz. Die Regierung werde die Vorschläge der Gewerkschaften prüfen, bevorzuge aber weiterhin die Schaffung einer neuen Frachtgesellschaft als Joint Venture mit Arcelor, so der Transportminister. In Sachen Sicherheit und soziale Standards bedeute ein Zusammengehen mit der Stahlfirma sicher nicht die "Heirat mit dem Teufel", als das es dargestellt werde. Auch Jeannot Waringo, Präsident des CFL-Verwaltungsrats, strengte sich an, die Joint Venture schmackhaft zu machen: Die Eisenbahn müsse selbstverständlich in dieser neuen Firma mehrheitliche Anteilseignerin werden.

Nico Wennmacher, Präsident der größten Eisenbahngewerkschaft FNCTTFEL-Landesverband, widersprach heftig. Die CFL müsse ein integriertes Unternehmen bleiben, um Sicherheit und soziale Standards zu gewährleisten. Das Problem der Eisenbahn sei der unfaire Wettbewerb durch den Straßentransport. Deshalb müsse der Staat günstige Rahmenbedingungen für die Schiene setzen. Solche Überlegungen wiederum hatten die beiden anderen Gesprächspartner abgelehnt. Für Waringo muss künftig Personal zu anderen Bedingungen eingestellt werden, sonst gehe die Rechnung nicht auf. Und Lux erteilte der Forderung nach Subventionen eine Absage: "Im europäischen Rechtsrahmen wird die CFL mittelfristig ohne Beihilfen auskommen müssen." Damit dürfte die Schonfrist, die die FNCTTFEL dem sozialistischen Nachfolger Henri Grethens gewährt hatte, vorbei sein.

Flattern um Geflügelgrippe

Jetzt geht's rund: Nachdem die Tagespresse die Vogelgrippe als ideales Sommerloch-Thema verpasst hat, wird jetzt geschrieben, was das Zeug hält. Die resultierenden Artikel sind zum Teil jedoch nicht von großer Sachkenntnis getrübt. Ein Umstand, der in der Öffentlichkeit unter anderem dazu führt, dass manche das antivirale Medikament "Tamiflu" prophylaktisch konsumieren. Eine völlig sinnlose und wegen möglicher Nebenwirkungen zudem gefährliche Maßnahme. Die auf dem Wirkstoff Oseltamivir Phosphat basierenden Medikamente sind keine Impfstoffe - sie können höchstens die Folgen einer bestehenden Infektionskrankheit mildern. Angesichts der grassierenden Missverständnisse betätigt sich Claude Turmes als Stimme der Vernunft: In einer Erklärung forderte der grüne Europaabgeordnete die EU-Kommission auf, diese solle "den Ländern, in denen das Virus entstanden ist, besonders den asiatischen Ländern, technisch stärker unter die Arme greifen". Die EU habe ein vitales gesundheitspolitisches Interesse daran, mehr finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Seuche an der Wurzel schnell eingedämmt werden kann. Turmes hat mit dieser Forderung den wichtigsten Punkt, wenn nicht gar die einzige Chance zur wirksamen Bekämpfung einer eventuellen Pandemie, betont. Um die auch von der Weltgesundheitsorganisation verfolgte Strategie des "containment" zu unterstützen, fordert Turmes die Kommission zudem auf, stärkeren Druck auf die Pharmaindustrie auszuüben, "damit ärmere Länder antivirale Medikamente unter Umgehung des Patentrechts billig herstellen können". Eine sinnvolle Präventivmaßnahme in der EU sei dagegen die Impfung gegen die klassische Grippe. Dies würde das Risiko einer Verbindung dieses Virus mit der Hühnergrippe erheblich reduzieren, so Turmes. Hintergründe zur Vogelgrippe können in unserem Dossier (woxx Nr. 815) nachgelesen werden.

Anfang der Woche haben die zwölf Südgemeinden, die im Regionalverband ProSud organisiert sind, in Österreich und Süddeutschland Beispiele regionaler Entwicklung unter die Lupe genommen. Die woxx sprach mit ProSud-Präsidentin Lydia Mutsch über die Südregion.

(Foto: Renée Wagener)



REGIONALPLANUNG

"Eine aktive Region ist ein ernst zu nehmender Partner"

woxx: *Die Gründung des ProSud fußt auf der Maßgabe des Landesplanungsgesetzes, in Luxemburg sechs Regionen zu schaffen. Also eine Initiative von oben?*

Lydia Mutsch: Aus den Vorarbeiten zum Regionalplan, der im Gesetz für jede Region vorgesehen ist, hat sich im Süden eine Eigendynamik entwickelt. Um Leitbilder aufstellen zu können, mit denen die zwölf Gemeinden sich identifizieren können, haben wir Zukunftskonferenzen organisiert, an denen Akteure aus dem öffentlichen Leben beteiligt waren. Und wir haben eine breite Palette an künftigen Zuständigkeitsbereichen definiert, von der wirtschaftlichen Kooperation über kulturelle und touristische Zusammenarbeit bis hin zu Projekten im öffentlichen Transport oder Umweltaktivitäten. Diese Leitbilder sollen nun im Regionalplan Süden konkretisiert werden, der in einem Vorentwurf in wenigen Monaten vorliegen wird. Parallel dazu ist eine Konvention in Arbeit, in der die Südgemeinden und das Landesplanungsministerium ihre Zusammenarbeit festschreiben.

Zuerst wurde das IVL-Konzept entwickelt, dann erst mit der Regionalplanung begonnen - hat man also den Wagen vors Pferd gespannt?

Das mag stimmen. Aber wenn man die gute Vorarbeit, die das IVL hinsichtlich einer raumplanerischen Grundlage für das Land geleistet hat, nicht als Dogma versteht und bereit ist, den Input aus den Regionen einzubeziehen, dann ist noch nichts schief gelaufen. Auf jeden Fall entsteht durch das Konzept des IVL eine Dynamik, von der alle Regionen profitieren können.

Sie haben vor kurzem die Präsidentschaft übernommen. Was fasziniert Sie an diesem Projekt?

Mich reizt die Herausforderung, Neuland zu betreten. Besonders spannend erscheint mir die Verzahnung von Wirtschafts- und Image-Entwicklung im Sü-

den. Der Südregion ist es nach dem Rückgang der Stahlindustrie nicht gelungen, ein neues wirtschaftliches Standbein aufzubauen. Durch die nun freigeordneten Industriebrachen können wir neue Chancen nutzen. Die Regierung ist bereit, in den Süden zu investieren und zu helfen, das Image des Südens zu verbessern. Als Gebürtige aus der Minette-Region ärgert es mich, welch negative Meinung immer noch über den Süden besteht. Es ist gar nicht gewusst, welche Dynamik, welches Potenzial wir haben und was für eine attraktive Region wir sind.

Für einen regionalen Zusammenschluss braucht es ein Budget, Personal, Infrastruktur. Sind die Gemeinden bereit, in diesem Maße zu investieren?

Das war anfangs einer der schwierigsten Punkte: Klarzumachen, welche Vorteile wir für jede einzelne Gemeinde und für die Region als Ganzes erreichen können. Zum Beispiel könnten eine Reihe von bereits bestehenden Syndikaten in einen ProSud-Dachverband integriert werden, um die Zusammenarbeit rationaler zu gestalten. Ein anderes Beispiel ist die Idee einer Ökobe-schaffungspolitik, wie wir sie in Österreich erleben konnten. Gemeinden können durch gemeinsames Ausschreiben Geld sparen und dabei ökologische Aspekte berücksichtigen, vom Computereinkauf bis hin zu Schulmöbeln. Denn die Entwick-

lung unserer Region soll auch die Kriterien der Nachhaltigkeit berücksichtigen.

Beispiele wie die Infrastrukturpolitik zeigen doch aber, dass bei den Gemeinden Kirchturnmentalität noch an der Tagesordnung ist.

Die Mentalität haben wir wohl alle noch ein bisschen. Aber es gibt positive Beispiele, wie das des Redinger Kantons, der ein gemeinsames Schwimmbad gebaut hat. Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit erkenne ich immer stärker. Wirtschaftliche Notwendigkeit ist dabei durchaus ein legitimes Motiv. Gemeinsames Handeln wird zwingend, weil man es anders nicht mehr schafft, und unterwegs stellt man dann fest, dass es weitere Vorteile gibt. In Österreich werden auf regionaler Ebene sogar "plans sectoriels" aufgestellt, zum Beispiel über Schulen und Bildungsinfrastrukturen, oder Projekte gestartet, um die gemeinsame Herkunft historisch aufzuarbeiten. Als aktive Region ist man für die Regierung zudem ein ernst zu nehmender Partner.

Ist in Luxemburg der Konflikt zwischen Staat und Gemeinden um die lokale Autonomie vorprogrammiert?

Das könnte sein. Im ProSud wollen wir dem Regionalmanagement eine autonome Grundstruktur geben. Hilfestellung von oben brauchen wir vor allem bei den einzelnen Projekten, die aus dieser Grundstruktur heraus entstehen. Im Moment ha-

ben wir, auf ausdrücklichen Wunsch der staatlichen Instanzen, unsere Statuten so festgelegt, dass eigentlich jedes einzelne Projekt genehmigungsbedürftig ist. Wenn wir uns entwickeln und daraus eine Eigendynamik entsteht, wird zu klären sein, welchen Niederschlag das auf den Finanzierungsmodus des ProSud hat.

Kann man in Luxemburg überhaupt von regionaler Identität reden?

Eine Identität muss nicht historisch gewachsen sein. Sie kann auch aus dem gemeinsamen Interesse heraus entstehen, eine Region voranzubringen. Wir wissen, dass die Gemeindefinanzien sich im Moment nicht günstig entwickeln. Die Gemeinden werden sich eigene Instrumente geben müssen, um ihre Entwicklung zu steuern: Bei Diskussionen um Private-Public-Partnership oder gemeinsame Kompensationsmöglichkeiten hinsichtlich einer eventuellen Abschaffung der Gewerbesteuer darf der Input nicht nur von Seiten des Staates kommen. Wir müssen uns emanzipieren.

Führt das Nebeneinander von urbanen und ländlichen Gemeinden, das Pro Sud charakterisiert, nicht zu Konflikten?

Im Endeffekt ist der Erfolg nicht abhängig von der Größe oder der Homogenität der Gemeinden, die sich zusammenschließen. Es muss gelingen, ein gemeinsames Ziel für eine Region zu definieren.

Trotzdem sind die Bedürfnisse ziemlich verschieden.

Wir haben durch Diskussionen auf unseren Zukunftskonferenzen gerade die Punkte herausgeschält, wo ein "terrain d'entente" besteht. Beispiel Tourismus: Unsere Region kann noch attraktiver für den Industrietourismus werden. Etwa durch die Schaffung eines gemeinsamen Parc transfrontalier mit industrietouristischen Höhepunkten.

Die Zukunftskonferenzen haben gezeigt, dass Bürgerbeteiligung schwierig ist. Woran liegt das?

Dieses Konzept ist da am erfolgreichsten, wo bei den Gemeinden sowieso schon eine Bürgerbeteiligung stattfindet. Wenn man die Leute nie informiert, braucht man sich nicht zu wundern, dass sie, wenn man über Stadtentwicklung oder Regionalplanung diskutieren will, über fehlende Mülltonnen oder Baustellen sprechen.

Die meisten der ProSud-Gemeinden werden von der LSAP geführt. Besteht die Gefahr einer Dominanz sozialistischer Gemeinden?

Parteipolitik war nie für die Entwicklung des ProSud ausschlaggebend. Nicht einmal, als es um die Präsidentschaft ging, oder um die Frage der Erhöhung des Beitrags pro Einwohner. Vier politische Richtungen sind im ProSud vertreten, und wir haben bislang noch alle Entscheidungen gemeinsam getroffen. Der politische Aspekt spielt fast keine Rolle.

Interview: Renée Wagener

Zur Person

Lydia Mutsch, LSAP-Abgeordnete und Bürgermeisterin von Esch-Alzette, hat vor einem Jahr die Präsidentschaft von ProSud übernommen. Der kommunale Verband ProSud wurde 2003 gegründet und setzt sich aus zwölf Gemeinden der Südregion zusammen, wie im Landesplanungsgesetz bestimmt wurde. Die kleinste Gemeinde ist Kuntzig mit 2.300, die größte Esch-Alzette mit etwa 28.000 EinwohnerInnen. Am vorigen Wochenende organisierte der Regionalverband eine Reise nach Vorarlberg und Bayern, um "Best Practice"-Beispiele für ein zukünftiges Regionalmanagement kennen zu lernen.